

Gendered Asset Bias und die „Neue Normale“ Ungleichheit:Unkonventionelle Geldpolitik

Brigitte Young

Das schwierige Verhältnis zwischen Finanzökonomik und Genderstudies

Der Einfluss der europäischen Geldpolitik auf die Geschlechtergerechtigkeit ist weiterhin ein Stiefkind in der traditionellen Ökonomie sowie auch in der Genderforschung. Dies ist einerseits zurückzuführen auf fehlende Genderdaten, andererseits ist es exemplarisch für die getrennten Welten der Genderforschung und der Makroökonomie, die sich bis heute in noch verstärkter Form etabliert haben. Die Mainstreamökonomie geht nämlich davon aus, dass ökonomische Theorien auf der Basis von Differenzialgleichungen mit mathematisch formulierten Definitionen, Annahmen und Beweisen konzipiert und dargestellt werden. Sogenannte *qualitative Theorien*, die dieser abstrakten Logik nicht folgen, wird der Theoriestatus nicht zuerkannt. Andererseits und umgekehrt ist die qualitative Genderforschung nur begrenzt geeignet, die disziplinierende Rolle der Finanzmärkte mit der Explosion der Finanzinnovationen – wie z.B. den Handel mit Derivaten, mit Versicherungsprämien (CDSs), mit hypothekenbesicherten Wertpapieren (CDOs), den neuen Exchange Traded Funds (ETF) und den Einfluss der großen institutionellen Fonds auf die Finanzmärkte (Private Equities, Hedge Fonds, Pensionsfonds) aus einer Genderperspektive angemessen zu analysieren und zu kritisieren (Young 2012; 2016a).

Die Defizite sind vor allem zweierlei Gründen geschuldet: Erstens bleibt die feministische Politikökonomie in der Methodik der Mikro-Ökonomie verhaftet, wie dies die zahlreichen Veröffentlichungen in der *Feminist Economics* und in Journalen zur Sozialpolitik immer wieder zum Ausdruck bringen. Zweitens wird in der Genderforschung die kapitalistische Ökonomie vorwiegend in ihrer Funktionsweise als Produktionskapitalismus – also als reale Ökonomie mit Fokussierung auf Arbeitsmärkte und Sozialpolitik – konzipiert. Ausgeblendet wird dabei die zunehmende Dominanz des grenzüberschreitenden globalen Finanzkapitalismus, der sogenannten Finanzialisierung (Heires/Nölke 2014; Young 2012; 2016), die die finanziellen Rahmenbedingungen und Spielräume des Sozialstaates durch eine angebotsorientierte Wirtschaft stark einschränken.

Neu an dieser Entwicklung hin zu einem finanzdominierten Kapitalismus ist die wachsende Kluft zwischen Einkünften von (meist männlich) Kapitalvermögensbesitzern (wie z.B. durch Dividenden, Bonuszahlungen, Kapitalerträgen, Immobilien) und des Lohneinkommens (Piketty 2016). Diese finanzgesteuerten Ungleichheiten sind zu einem erheblichen Teil auf die Auswirkungen der Antikrisenpolitik der Zentralbanken zurückzuführen, die mit außergewöhnlichen Maßnahmen – der sogenannten unkonventionellen Geldpolitik – auf die Finanz- und Bankenkrise reagierten (Claeys et al., 2015; Blyth and Lonergan 2014).

Unkonventionelle Geldpolitik als *New Normal*

Die unkonventionelle Geldpolitik nannte El-Erian (2010) als *new normal* nach der Finanzkrise 2007–2008. Damit warnte er vor der gängigen Annahme in Policy-Kreisen, dass

die Industriestaaten nach der Finanzkrise sich wieder auf den Vorkrisenzustand normalisieren würden. Ein Zustand der zuvor als abnormal eingestuft wurde, wird nun zur Normalität und das „Neue Normale“ hat sich seit der US-Präsidentschaftswahl von Donald Trump und dem Brexit nur noch verstärkt. Aber auch dieser Zustand von *new normal* hat (meist männliche) Gewinner und aber auch viele Verliererinnen zu denen nicht nur Frauen sondern auch Niedrigverdiener mit kleinen Sparguthaben zählen. Denn die unkonventionelle Geldpolitik, allen voran das Quantitative Easing Programm (QE), hat das primäre Ziel durch den Kauf von Staats- und kommerziellen Anleihen genügend Liquidität für Banken bereitzustellen, um einen finanziellen Kollaps wie in den 1930er Jahren zu verhindern und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu fördern, um ein Inflationsziel von ungefähr 2% zu erreichen. Diese Rettungsaktionen erhöhen wiederum die Preise der Aktien und Anleihen. Tatsächlich sind durch den Kauf von Staatsanleihen die Renditen auf den Kapitalmärkten stark gefallen, die Realzinsen sind auf fast Null gesunken und der Euro hat gegenüber dem Dollar stark an Wert verloren (von €1.32 in 2014 auf €1.06 in 2017). Auf der Strecke blieb bisher das Ziel die Wirtschaft anzukurbeln und die Inflationsrate auf 2% zu erhöhen (Young 2016).

Ungeachtet der teilweise intendierten Auswirkungen (fallende Rendite von Staatspapieren, nahe Null Zinsen, und einen reduzierten Euro-Währungskurs) hat das Quantitative Easing Programm auch unbeabsichtigte Nebeneffekte von Vermögensverzerrungen. Das QE Programm kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Aktienpreise auf den Finanzmärkten durch die unkonventionelle Geldpolitik stark angestiegen sind. Nur kurze Zeit nach dem der EZB-Banknotenchef, Mario Draghi, im September 2015 in Reaktion auf die Turbulenzen der vorhergegangenen Wochen verkündigte, dass die EZB den Umfang, die Zusammensetzung und die Laufzeit des QE Programms für den Kauf von €1.1 Billionen von Regierungs- und kommerziellen Anleihen durch ein QE2 ersetzen würde, raste der Dax Aktienindex nach oben. Ähnlich waren die Auswirkungen des QE durch die US-Notenbank und die Bank of England. Kommentare in der *Financial Times* reagierten zunehmend kritisch auf die QE Programme und deren Vermögensverzerrungen wie z.B. „Central banks have made the rich richer“ (FT 23.9.2015) und „QE acted like an ‚opaque tax‘ on pension funds“ (FT 2.11.2015).

Nicht nur die FinanzjournalistInnen der renommierten *Financial Times* sehen in der unkonventionellen Geldpolitik eine gesellschaftliche Vermögensverzerrung. In diese Reihe fügt sich auch der ehemalige Chef der US-Notenbank, Bern Bernanke, der konstatiert, dass QE die Vermögenswerte von Aktienkapital, Immobilien und Darlehen in die Höhe treibt mit der Begründung: „(A)s the rich own more assets than the poor and the middle class, the reasoning goes, the Fed’s policies are increasing the already large disparities of wealth in the United States“ (Bernanke 2015).

Neu an dieser Diskussion ist, dass die Gründe für die unterschiedliche Vermögensbildung nicht durch fehlendes technologisches Know-how, Globalisierung, Finanzkrisen, Verschuldung oder korrupte governance Strukturen erklärt werden. Vielmehr beschäftigen sich neuere wissenschaftliche Arbeiten mit der Frage der zunehmenden gesellschaftlichen Ungleichheit und deren Auswirkungen auf niedriges ökonomisches Wachstum, politische Instabilität, soziale Spannungen und Anstieg des Rechtsradikalismus. Diese Re-orientierung der zunehmenden divergenten Kluft zwischen Einkünften von (meist männlich) Kapitalvermögensbesitzern und des Lohneinkommens ist zwar zu begrüßen, es fehlt aber eine Genderperspektive. Somit werden KapitalvermögensbesitzerInnen und Lohnabhängige als geschlechtsneutral konzipiert. Dies hat auch damit zu tun, dass es in

der Genderforschung bereits vor der Finanzkrise wenige empirisch fundierte Studien gibt, die sich mit den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Geldpolitik der Zentralbanken auf Frauen und Männer beschäftigen. Die Ausnahmen sind Alyssa Schneebaum et al., (2014), die durch ihre quantitative Methodik und innovative Analyse in der Studie zu *Gender Wealth Gap in Europe* wissenschaftliches Neuland betreten hat, sowie Elissa Braunstein, die in ihrem Artikel zum Thema *Central bank policy and gender*, gleich zu Beginn darauf hinweist, dass es nur wenige Studien zur geschlechtsspezifischen Auswirkung der Geldpolitik gibt. Wie auch Braunsteins Studie untersuchen die Autorinnen die von den Zentralbanken vereinbarte restriktive Geldpolitik (niedriges Inflationsziel) vor der Finanzkrise 2007/2008 und kommen zu dem Ergebnis, dass diese Politik zu abgeschwächten Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit in Entwicklungsländern führt (Braunstein 2013).

Im nächsten Abschnitt wird das Konzept von makroökonomischen Biases und deren geschlechtsspezifische Effekte vorgestellt.

Makroökonomische Biases und deren geschlechtsspezifische Auswirkungen

Das Konzept vom geschlechtsspezifischen Bias hat Diane Elson (1991) in Bezug auf die makroökonomischen Prozesse der Entwicklungspolitik eingeführt. Sie ging von der Prämisse aus, dass alle makroökonomischen Entscheidungen auf einem Terrain von gesellschaftlichen Strukturen und den damit verbundenen Verteilungsinteressen und -konflikten ausgehandelt werden. Diese Erweiterung von einer traditionellen, in sehr engen Grenzen definierten Ökonomie hat zur Folge, dass makroökonomische Prozesse nicht nur hinsichtlich ihrer marktwirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden, sondern ihre gesellschaftlichen Auswirkungen von Anfang an in die Kalkulation – welche Werte und Normen die Basis einer wirtschaftlichen Ordnung bilden – einbezogen werden müssen. Derzeit gelten soziale Aspekte und die sozialen Konsequenzen der ökonomischen Prozesse und Finanzkrisen nur als Externalitäten. Ob ein Land den gesellschaftlichen Reichtum auf Wenige konzentriert, oder ob die sozialen Auswirkungen der Finanzkrisen besonders Frauen und die ärmeren Schichten treffen, spielt für das globale Kapital und deren Investmententscheidungen eine untergeordnete Rolle. Wenn wir aber von der Prämisse ausgehen, dass alle ökonomischen Prozesse eine Vielzahl von intendierten und unintendierten Biases beinhalten und diese offen gelegt werden müssen, dann sind marktwirtschaftliche Kriterien nicht die einzige Basis, die in der Bewertung von Volkswirtschaften und Firmen einfließen sollen.

Dass diese Forderungen in der gegenwärtigen neoliberalen Politik des finanzdominierten globalen Kapitalismus unberücksichtigt bleiben, hat vor allem mit den geschlechtsspezifischen Biases zu tun, die von der traditionellen Ökonomie unreflektiert bleiben. Die Geldpolitik, ob neoklassischer oder keynesianischer Couleur, beinhaltet normative Annahmen und eine Verteilungsrationalität, die zu unterschiedlichen Verteilungsergebnissen führen (Van Staveren 2015). Ausgeblendet wird in der traditionellen Argumentation der Geldpolitik, dass alle gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen gewisse Genderannahmen und Genderverzerrungen verkörpern und übermitteln. Biases sind somit eingeschrieben in Policy Rules, die sowohl geschlechtsspezifischer Natur wie auch Klassen, Schichten oder ethnischer Natur sein können. Geldpolitik als geschlechtsneutral zu deuten bedeutet, dass einerseits die Finanzökonomie und die Bankenwelt die Normen und Praktiken ihrer Geldpolitik nicht hinterfragen müssen, andererseits, dass die Gen-

derverzerrungen zu einer sozialen Frage reduziert werden. Denn die Auswirkungen der Genderbiases zeigen sich in den Statistiken der Arbeitsmärkte und in den öffentlichen Ausgaben, aber eben nicht in der Geldpolitik. Dieser Tatbestand verschleiert aber die Tatsache, dass Finanzmärkte und deren Akteure mit existierenden Geschlechterverhältnissen interagieren und diese stabilisieren und auch verstärken.

Deflationärer Bias, Creditor Bias und Asset Bias

In Reaktion auf den vom Internationalen Währungsfonds eingeführten marktliberalen *Washington Consensus* in den 1980er Jahren gegen hochverschuldete Entwicklungsländer mit der Forderung die inländische Wirtschaft zu liberalisieren, deregulieren, privatisieren und den öffentlichen Haushalt zu konsolidieren, hat Diane Elson (1991) gezeigt, dass damit ein deflationärer Bias verbunden ist. Denn die Zentralbanken versuchen über den Hebel der Zinspolitik die Inflationsgefahr zu drosseln. Die davon betroffenen Staaten sind durch diese deflationäre Zinspolitik gezwungen, eine Sparpolitik des öffentlichen Haushaltes zu forcieren, die Wachstum- und Beschäftigungshemmnisse auslösen. Die restriktive Geldpolitik hat nicht nur negative gesamtgesellschaftliche Verteilungseffekte, sie verkörpert auch eine ungerechte soziale Zusammensetzung, da vor allem an der Sozialpolitik gespart wird. Frauen sind durch ihre Verknüpfung mit dem Sozialstaat – als Angestellte, Klientinnen und Konsumentinnen – noch einmal besonders von der deflationären Geldpolitik betroffen. Denn Einsparungen bei der Altersversorgung, im Gesundheitsbereich und bei der Kinderbetreuung gehen vorwiegend zu Lasten der Frauen (Elson 1991; Young 2001).

Durch den Systemwechsel hin zu einem finanzdominierten Kapitalismus, der von einem konsumfinanzierten und privat verschuldeten Modell getragen wird, findet eine disziplinierende Machtverteilung zwischen GläubigerInnen und SchuldnerInnen statt, einem sogenannten *creditor bias* (Young 2013). Denn Geld ist nicht nur ein *Schmiermittel* der Ökonomie, sondern es erzeugt ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen GläubigerInnen und SchuldnerInnen. „Geld spaltet aber zugleich Gesellschaften, denn Geld ist immer Doppeltes: eine Forderung (Geldvermögen) einerseits, der eine Verpflichtung (eine Schuld) andererseits entspricht“ (Altvater/Mahnkopf 1999: 148). Sofern SchuldnerInnen in der Lage sind ihre Schulden zu bedienen, ist das GläubigerInnen-SchuldnerInnen-Verhältnis unproblematisch. Es wird aber zu einem Problem, wie dies in der Subprime Krise der US-amerikanischen Immobilienkrise gezeigt werden konnte, wenn die Verpflichtungen des Zinsendienstes von den (vor allem) Minoritäten und Frauen nicht mehr bedient werden können (Montgomery/Young 2011). Die Marktdisziplin verschärft die existierende Form der Dominanz zwischen den GläubigerInnen und der oft weiblichen und geringverdienenden Schuldnerinnen, die hiermit der Logik der monetären Rationalität unterworfen werden. Dies beinhaltet eine Fülle von juristischen Techniken und Methoden von Strafen sowie disziplinierenden Technologien, die den Banken und der Finanzwelt zur Verfügung stehen, um SchuldnerInnen moralisch sowie finanziell unter Druck zu setzen.

Während der *deflationary bias* mit einer restriktiven Geldpolitik des Washington Consensus der 1980er Jahre verbunden ist und der *creditor bias* mit dem GläubigerInnen-SchuldnerInnen-Verhältnis der US Immobilienkrise, hat der *asset bias* mit der unkonventionellen Geldpolitik der Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzkrise 2007/08 zu tun. Auf den ersten Blick ist QE geschlechtsneutral, aber diese Krisenpolitik geht vielfach auf Kosten von Frauen (Schuberth 2016). Am Beispiel der geldpolitischen Strategien des Quantitativen Easing können einige der asymmetrischen Verteilungseffekte zwischen

den Geschlechtern gezeigt werden. Denn die hohen Aktienrendite kommen eher wohlhabenden (vermutlich männlichen) Investoren zu Gute, da die Finanzvermögen der Haushalte zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt sind. Somit sind reichere Personen eher in der Lage in risikoreiche Wertpapiere (Aktien, Staatsanleihen, Fonds u.a.) zu investieren, die durch die unkonventionelle Geldpolitik des QE die Preise in die Höhe treiben und damit zu einer unintendierten Anhebung des (meist männlichen) Vermögens führen (Bernanke 2015; Young 2016; Schubert 2016).

Im nächsten Abschnitt werden die tentativen Ergebnisse des Asset Bias durch die unkonventionelle Geldpolitik der EZB anhand eines Surveys der Europäischen Zentralbank gezeigt.

Gendered Asset Bias durch Unkonventionelle Geldpolitik der EZB

Die EZB hat 2011 eine Befragung von 62.000 Haushalten in 15 Eurostaaten in dem Bericht *The Eurosystem Household Finance and Consumption (HFCS)* veröffentlicht (2013). Dafür wurden detaillierte sozio-ökonomische Indikatoren erhoben wie z.B. die Haushaltzusammensetzung (ledig mit/ohne Kind; verheiratet mit/ohne Kind; Gender; Alter; Bildungsgrad; Vermögen durch Erbschaft; Beschäftigungsstatus; Netto Vermögen; Einkommensverteilung nach Quantilen u.a. In Bezug auf Vermögenswerte wurden Immobilienwerte (Wohnhaus und Immobilien); risikoreiches Finanzvermögen (Investmentfonds, Anleihen und Aktien); sicheres Finanzvermögen (Einlagen, Lebensversicherungen, Private Altersversorgung), und Firmenvermögen (Selbstständigkeit) untersucht. Die Deutsche Bundesbank (2014) hat anhand dieses EZB Surveys in ihrer Studie *How do households allocate their assets?* untersucht, wie Haushalte ihre Vermögenswerte aufteilen. Anhand der oben genannten sozio-ökonomischen Indikatoren kann man die Wahrscheinlichkeitsrate feststellen, welche Faktoren tendenziell wichtig sind, die zu Investitionen in risikoreiche Finanzvermögen führen. Die genderspezifischen Auswirkungen können derzeit nur von den Wahrscheinlichkeitsmodellen (Probit Models) der Studie abgeleitet werden, da Gender nur als männliche Referenzgruppe in der Deutschen Bundesbank Studie ausgewiesen wird. Man kann aber annehmen, dass tendenziell der Anteil von mehr Frauen in ledigen Haushalten mit Kindern zu finden ist, dass sie im unteren Quantil von Vermögen und Einkommen anzutreffen sind, einen niedrigeren Grad an Bildung haben und kaum von Vermögen durch Erbschaften profitieren. Die Gruppe, die sich am untersten Vermögensquantil (wealth quintile) befindet, besitzt demnach 3 % von risikoreichen Finanzvermögenswerten. Im Vergleich dazu, besitzen die sich im höchsten 5 % des Vermögensquantil befindenden Gruppe 55 % von risikoreichen Vermögenswerten. Wenn man ledige Haushalte mit Kindern in den 15 Eurostaaten vergleicht und man gleichzeitig annimmt, dass sich in dieser Kategorie mehr Frauen befinden, dann investieren Frauen in 12 von den 15 Eurostaaten weniger in risikoreiche Anlagen. Gleichzeitig gibt es eine positive Korrelation zwischen ledigen Männern ohne Kinder und deren Investment in risikoreiche Anlagen in 12 von 15 Euroländern. Wenn man weiter annimmt, dass Männer einen höheren Bildungsgrad als Frauen haben, dann zeigen Haushaltsdaten, dass die mit einem hohen Bildungsgrad zehn Mal mehr in risikoreiche Investments investieren (in Ländern wie Österreich, Deutschland, Spanien, Griechenland, Luxemburg, Portugal, Slowenien) als Haushalte mit einem niedrigen Bildungsgrad.

Generell zeigt die Studie, dass der Anteil der Beteiligung an risikoreichen Investitionen mit Vermögen steigt und dass der Besitz von risikoreichen Vermögenswerten mit Bildung

und Besitz von Erbschaften korreliert. Die Bedeutung von Erbschaften ist ein wichtiger Faktor in der Vermögensbildung und erklärt gleichzeitig die zunehmende gesellschaftliche Vermögensungleichheit. Zwar sind die Ergebnisse der Studie der Deutschen Bank tentativ, es kann aber daraus abstrahiert werden, dass mehr (vermögende) Männer in risikoreiches Kapitalvermögen investieren als Frauen. Ein Grund dafür ist, dass die Aktienpreise auf den Finanzmärkten durch das Quantitative Easing Programm stark angestiegen sind und Wohlhabende (meist Männer) in diese Vermögenswerte investieren. Dieses Resultat bestätigt die Aussage von Thomas Piketty, dass die Kluft zwischen Einkünften von (meist männlich) Kapitalvermögensbesitzern und derer, die auf Lohneinkommen angewiesen sind, stark angestiegen ist.

Ein Blick in die Zukunft

Zwar muss das geschilderte Verhältnis zwischen höherem Einkommen und Vermögenswerten und die Gelegenheit in risikoreiche Anlagen zu investieren durch Detailstudien ergänzt werden, es zeigt aber, dass die Vermögensverteilung der unkonventionellen Geldpolitik keineswegs geschlechtsneutral ist. Die geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken drücken einerseits die Zinsen der Spareinlagen, dies trifft vor allem Frauen und Niedrigverdiener. Andererseits führt die unkonventionelle Geldpolitik zu einem Anstieg der Preise der Wertpapiere (Aktien und Staatsanleihen) und damit zu einer Erhöhung des Vermögens der Personen, die sich das Risiko leisten können, das mit dem Besitz derartiger Wertpapiere verbunden ist.

Acht Jahre nach der verheerendsten Finanz-, Euro- und Schuldenkrise seit der Depression der 1930er Jahre fehlen weiterhin finanzwirtschaftliche Alternativen, die dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind, hohe Beschäftigungsquoten hervorbringen und zugleich die astronomischen Einkommensungleichheiten zu reduzieren. Wichtig wäre die Vermögensverteilung stärker in den Fokus der feministischen Ökonomie zu rücken. Deshalb wäre die Einführung einer Vermögenssteuer auch ein wichtiges feministisches Projekt die gesellschaftlichen Verteilungseffekte zu minimieren (Schubert 2016).

Literatur

- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft (4. Auflage). Münster.
- Bernanke, Ben (2015): Monetary policy and inequality. (<http://brookings.edu/blogs/ben-Bernanke/posts/2015/06/01-monetary-policy-and-inequality>).
- Blyth, Mark and Eric Lonergan (2014): Print Less But Transfer More: Why Central Banks should Give Money directly to the People, Foreign Affairs, (<https://www.foreignaffairs.com/articles/untied-states/2014-08-11/print-less-transfer-more>).
- Braunstein, Elissa (2013): Central Bank Policy and Gender, Handbook of Research on Gender and Economic Life, in Deborah M. Figart and Tonia L. Warnecke (Hg.), Cheltenham, UK.
- Claeys, Grégory, Zsolt Darvas, Alvaro Leandro and Thomas Walsh (2015): The Effects of Ultra-Loose Monetary Policies on Inequality: Bruegel Policy Contribution. Issue 2015/09.
- Deutsche Bundesbank (2014): How do households allocate their assets? Stylized facts from the Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Discussion Paper, 12/2014.
- El-Erian, Mohamed (2010): Navigating the New Normal in Industrial Countries, Per Jacobsson Lecture, International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Elson, Diane (1991): Male Bias in the Development Process. Manchester.

- European Central Bank (2013): The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Methodological Report for the First Wave. Statistics Paper Series 1, European Central Bank.
- Financial Times (2015): Central Banks have made the rich richer, 23.9.2015, 2.
- Financial Times (2015): QE 'acted like an opaque tax' on pension funds, FTfm, 2.11.2015, 12.
- Heires, Marcel und Andreas Nölke (Hg.) (2014): Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden.
- Montgomerie, Johnna and Brigitte Young (2011): Home is Where the Hardship is. Gender and Wealth (Dis)Accumulation in the Subprime Boom, CRESC, the University of Manchester, Working Paper Series, No. 79 (February).
- Piketty, Thomas (2016): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H.Beck.
- Schneebaum, Alyssa, Miriam Rehm, Katharina Mader, Patricia Klopff, Katarina Hollan (2014): The Gender Wealth Gap in Europe. Dept of Economics, Wirtschaftsuniversität Wien, Working Paper Nr. 186.
- Schuberth, Helene (2016): Krisenpolitik auf Kosten von Frauen. Der Einfluss der Europäischen Geld- und Fiskalpolitik auf die Geschlechtergerechtigkeit, Europa auf Kurswechsel. Abschied von der Gleichstellungspolitik? DGB-Bundesvorstand, 16–17.
- Van Staveren, Irene (2015): Economics After The Crisis. An Introduction to Economics from a Pluralist and Global Perspective, London/New York.
- Young, Brigitte (2016): Die Unkonventionelle Geldpolitik der Zentralbanken und die Vermögensverzerrungen, Jakob Kapeller, Stephan Pühringer and Katrin Hirte (Hg.), Ökonomie! Welche Ökonomie? Zu Stand und Status der Wirtschaftswissenschaften, Marburg.
- Young, Brigitte (2016a): Ein schwieriges Unterfangen. Gleichstellung im Europäischen Finanzwesen. Europa auf Kurswechsel. Abschied von der Gleichstellungspolitik? DGB-Bundesvorstand, 13–15.
- Young, Brigitte (2013): Gender, debt and the housing/financial crisis, in Deborah M. Figart and Tonia L. Warnecke (Hg.), Handbook of Research on Gender and Economic Life, Cheltenham, 378–390.
- Young, Brigitte (2012): Zwei getrennte Welten? Finanzökonomie und Geschlechterforschung, in Ingrid Kurz-Scherf/Alexandra Scheele (Hg.), Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Macht oder ökonomisches Gesetz. Münster, 36–51.
- Young, Brigitte (2001): Genderdemokratische Governance der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion, in: Zeitschrift für Frauenforschung. Geschlechterstudien, 1–2, 79–91.